

Montag, 18. Oktober 2010, 14:20

Morgenpost Online als Startseite | AboService | ePaper



2° | 11°

Deutschlandwetter

Artikel

esser jochen

Suchen

Immobilien Berlin

Jobs Berlin

Branchenbuch

Kleinanzeigen

Singles

Reisekataloge

Trauer

Home Berlin | Politik | Kultur & Live | Wirtschaft | Sport | Aus aller Welt | Wissen | Reise | Motor | Specials | ?

ABO

Video | Bilder des Tages | Spiele | Gesundheitstests | Archivsuche | Leserbriefe | Hilfe (FAQ) | Kontakt

Home

Schriftgröße: A A A

Berliner Morgenpost

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1424946/Schuldenbremse-Berlin-muss-seine-Kasse-offenlegen.html>

HAUSHALT

Schuldenbremse: Berlin muss seine Kasse offenlegen

Samstag, 16. Oktober 2010 02:49 - Von Joachim Fahrn

Erstmals in seiner 20-jährigen Geschichte als Bundesland steht Berlins Finanzpolitik jetzt unter auswärtiger Kontrolle. Gemeinsam mit Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein muss sich die Hauptstadt einem Evaluationsverfahren des Stabilitätsrates von Bund und Ländern unterwerfen.

Google-Anzeigen

Leben ohne Schulden

Seriöse Hilfe bei Verschuldung Jetzt kostenlos Anfragen

hilfe-bei-schulden.net/Schulden

Bis Mai wollen die Experten des Bundesfinanzministeriums sowie Hamburgs, Mecklenburg-Vorpommerns, Baden-Württembergs und Rheinland-Pfalz klären, ob in den vier Ländern eine Haushaltsnotlage drohen könnte und ob sie mit ihren Finanzplanungen das Ziel erreichen können, 2020 ohne neue Schulden auszukommen.

Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) sagte gestern nach der Sitzung des Stabilitätsrates, das "Evaluationsverfahren schafft die nötige Transparenz, um besondere Herausforderungen bei der Haushaltsgestaltung deutlich zu machen". Der Senator sieht die Kontrolle von außen eher als Hilfestellung für seinen Versuch, den Anstieg der Ausgaben in Berlin eng zu begrenzen, wie er es Ende September in seiner Finanzplanung vorgeschlagen hatte. Gegenüber den bisherigen Plänen muss die Stadt bis 2014 ihr Ausgabenniveau um 600 Millionen Euro herunterschrauben. Berlin habe im Gegensatz zu allen anderen Ländern in den vergangenen Jahren seine Ausgaben zurückgefahren und werde auch weiter seine Finanzen konsolidieren, sagte Nußbaum.

Die Kontrolleure sollen anhand von Kennziffern wie dem Finanzierungssaldo, also dem Defizit im laufenden Haushalt, der Kreditfinanzierungsquote, dem Schuldenstand pro Einwohner und der Relation der Zinsausgaben zu den Steuereinnahmen ermitteln, ob Länder in die Haushaltsnotlage rutschen. Wegen seiner finanziellen Altlasten reißt Berlin derzeit die Latte beim Schuldenstand und der Zins-Steuer-Relation. Sollte im Mai eine drohende Notlage festgestellt werden, müsste Berlin ein fünfjähriges Sanierungsprogramm mit dem Rat vereinbaren, dessen

Einhaltung überwacht wird.

Aus Sicht der Opposition ist der "blaue Brief" des Stabilitätsrates ein Ausweis finanzpolitischen Versagens der rot-roten Koalition. "Damit wird von unabhängiger Seite mit dankenswerter Klarheit festgestellt, dass Klaus Wowereit sein bei Amtsantritt gegebenes Versprechen, den Berliner Haushalt bis spätestens 2010 zu sanieren, nicht eingehalten hat", sagte der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Jochen Esser. Sein CDU-Kollege Uwe Goetze warnte vor den Folgen eines von außen verlangten Sanierungsprogramms. Der Senat habe aktiv mit dem Doppelhaushalt 2010/11 das strukturelle Defizit ausweislich der aktuellen Finanzplanung vorsätzlich von 440 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 1,2 Milliarden im Jahr 2010 gesteigert. Damit habe er zum Ausdruck gebracht, dass er nicht gewillt sei, die Schuldenbremse einzuhalten.

CDU und Grüne erneuerten ihre Forderung, die Koalition müsse schon 2011 erste Sparbeschlüsse treffen und dafür einen Nachtragshaushalt aufstellen. Sonst verliere die Stadt ein volles Jahr, und es werde umso schwieriger, in neuen Haushalten ab 2012 die vom Bund und den anderen Ländern geforderten Konsolidierungssummen zu erbringen.

Neben dem Haushaltsnotlagen-Monitoring, das nun begonnen hat, wartet Berlin auf eine weitere Entscheidung. Das Bundesfinanzministerium muss gemeinsam mit den Ländern klären, wie groß das strukturelle Defizit in den Haushalten tatsächlich ist. Dafür muss man sich einigen, welche Defizite dem Konjunkturereinbruch zuzuschreiben sind und welche wirklich auch in guten Jahren bestehen. Hier gehen die Meinungen deutlich auseinander.

Was am Ende als Sparauflage festgeschrieben wird, sei "auch eine politische Entscheidung"; sagt Finanzsenator Nußbaum. Als wahrscheinlich gilt, dass Berlins aktuelles strukturelles Defizit auf rund eine bis anderthalb Milliarden Euro festgelegt wird. Das würde bedeuten, dass Berlin bis 2020 jedes Jahr 150 Millionen Euro zusätzlich einsparen oder durch höhere Einnahmen ausgleichen müsste.

Gefällt mir

Zeige deinen Freunden, dass dir das gefällt

THEMEN-ALARM



Mit dem Themen-Alarm sind Sie immer aktuell informiert.

Sie interessieren sich für dieses oder ein anderes Thema und wollen keinen Artikel bei der Morgenpost dazu verpassen?

Themen-Alarm Funktionen

Themen-Alarm aktivieren

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

SCHULDENBREMSE

Berlin muss seine Kasse offenlegen

Der Stabilitätsrat des Bundes und der Länder prüft erstmals, ob die Finanzpolitik des Senats die Hauptstadt in eine Notlage führt. Die... [mehr »](#)



ANZEIGE

12like – Die große Liebe treffen.

Erfahre mittels unseres Bildertests Deinen Persönlichkeitstypen und date noch heute Deinen Traumpartner. [mehr »](#)

KRIMINALITÄT

Serie von Taxiüberfällen – Räuber verletzt Fahrer

Erneut sind in der Nacht zwei Taxifahrer in Berlin überfallen worden. Einer wurde durch einen Schuss verletzt. Der zweite Vorfall ähnelt... [mehr »](#)

FINANZEN

Berlin steht unter scharfer Beobachtung

Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum lässt sich in seine Haushaltsbücher schauen und von auswärtigen Experten kontrollieren. Sie sollen... [mehr »](#)